



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16.2.2023

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Die Kindheit unserer Kinder schützen – Kinderschutz flächendeckend und in allen Bereichen

In den letzten Wochen und Monaten gab es wiederholt erschütternde Meldungen über Fälle von missbräuchlichen Handlungen gegenüber Kindern. Der Fall des bekannten Schauspielers Teichtmeister und der tausenden Darstellungen von Kindesmissbrauch, die auf seiner Festplatte gefunden wurden, ist nur die Spitze des Eisbergs. Einige Personen mit pädophilen Neigungen, die sich in Therapie befinden und mit aller Kraft gegen diese Neigung arbeiten, stellten sich in weiterer Folge sogar für Interviews zur Verfügung. In der Berichterstattung und den Interviews mit Expert:innen kam eines klar heraus: Übergriffe gegenüber Kindern sind leider keine Einzelfälle, sondern können immer wieder in unterschiedlichen Kontexten verübt werden.

Von Bundesseite wurde ein umfassendes Kinderschutz-Paket verabschiedet, das eine jahrelange Forderung von Kinderschutzeinrichtungen, nämlich das verpflichtende Erarbeiten von Kinderschutzkonzepten für alle Schulen, erfüllt. Ein Kinderschutzkonzept ist kein abstraktes Papier, sondern soll in einer Institution durch eine Reihe von Maßnahmen das Bewusstsein für das Thema schärfen:

So besuchen Pädagog:innen in einer Einrichtung, die aktiven Kinderschutz lebt, regelmäßig Fortbildungen zu dem Thema. Außerdem gibt es eine klare Handlungskette bei der Wahrnehmung von Übergriffen oder Verdachtsmomenten. Ein „Kinderschutzbeauftragter“ pro Standort wird definiert, der klare Ansprechperson in solchen Situationen ist. In regelmäßiger Supervision wird der Umgang mit Nähe und Distanz zu Kindern thematisiert. Auch die Elternarbeit, beispielsweise ein Informationsabend zum Thema „Wie mit Kindern über Sexualität und ihren Körper sprechen“, hat einen großen



Stellenwert. Nicht zuletzt wird mit den Kindern selbst – beispielsweise im Rahmen einer Themenwoche – über ihren Körper gesprochen.

Für den Bereich der Kindergärten sieht das Bundespaket keine verpflichtenden Kinderschutzkonzepte vor. In Wien wurde allerdings im November 2022 eine Gesetzesänderung, die verpflichtende Kinderschutzkonzepte für alle Wiener Kindergärten vorsieht, beschlossen. Auch in Graz gibt es bereits eine Arbeitsgruppe zu dem Thema, eine steirische Gesetzesänderung für verpflichtende Kinderschutzkonzepte scheint in Vorbereitung zu sein.

Von Vereinen, die sich seit Jahren für mehr Kinderschutz auf allen Ebenen einsetzen, gibt es die große Bitte, dass all diese Bemühungen wirkliche, nachhaltige Veränderungen bewirken. Es darf aufgrund der vielen Anlassfälle nicht zu einem politischen „Schnellschuss“ kommen. Der Verein Hazissa hat beispielsweise zu (sexualisierter) Gewalt in Behinderteneinrichtungen geforscht. In dieser Studie kam klar heraus, dass Gewaltschutz in den Einrichtungen sehr unterschiedliche gelebt wird und vorhandene Konzepte beispielsweise nicht allen Mitarbeiter:innen bekannt sind.

Ein Kinderschutzkonzept allein garantiert also noch nicht, dass dieses wirklich von allen Mitarbeiter:innen gekannt und zur Anwendung gebracht wird. In diesem Sinne sollten die bestehenden Bemühungen in nachhaltigen, umfassenden Kinderschutzkonzepten an allen Grazer Schulen und Kindergärten im Sinne der bereits oben angeführten Maßnahmen münden.

Nicht vernachlässigen sollte man außerdem Freizeitangebote für Kinder: Auch in Sportvereinen oder Ferienbetreuungsangeboten können gefährliche Situationen entstehen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Grazer Gemeinderat bekennt zur Umsetzung umfassender Kinderschutzmaßnahmen in allen relevanten Grazer Institutionen wie Schulen, Kindergärten und Vereinen.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, insbesondere im Bereich der Sport- und Freizeitangebote für Kinder den Kontakt zu den diversen Anbietern und Vereinen zu suchen, die Erarbeitung von Kinderschutzkonzepten anzuregen und dazu einen Bericht im Bildungsausschuss in drei Monaten vorzulegen.



3. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem zuständigen Fachamt und im Austausch mit Expert:innen, eine gelebte Praxis des Kinderschutzes sicherzustellen, beispielsweise über die regelmäßige Evaluierung von Kinderschutzmaßnahmen, wie sie bereits im Bildungsausschuss vorgestellt wurde.